Regierungsratsbeschluss

vom 5. April 2022

Nr. 2022/574

Schreiben des Interkantonalen Organs für das öffentliche Beschaffungswesen INÖB vom 13. Dezember 2021 an den Kanton Solothurn betreffend Beitrittsverfahren zur IVöB 2019 / zusätzliche Zuschlagskriterien Kenntnisnahme

1. Erwägungen

Der Kantonsrat hat am 31. August 2021 den Beitritt des Kantons Solothurn zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. November 2019, die Totalrevision des Gesetzes über öffentliche Beschaffungen (SubG) und Änderung weiterer Gesetze sowie eine Änderung des Gebührentarifs (GT) beschlossen (RG 0129/2021).

Mit Schreiben vom 13. Dezember 2021 an die Vorsteherin des Bau- und Justizdepartements hat das Interkantonale Organ für das öffentliche Beschaffungswesen INÖB dem Kanton Solothurn mitgeteilt, dass die beiden vom Kantonsrat im kantonalen Submissionsgesetz beschlossenen Zuschlagskriterien «unterschiedliche Preisniveaus in den Ländern, in welchen die Leistung erbracht wird» und «Verlässlichkeit des Preises» nach seiner Auffassung der IVöB 2019 widersprechen würden und eine allfällige Anwendung der beiden Zuschlagskriterien rechtlich unzulässig wäre. Das INÖB empfehle deshalb dem Kanton Solothurn, auf die Verwendung der beiden Zuschlagskriterien zu verzichten. Von diesem Schreiben ist Kenntnis zu nehmen.

2. Beschluss

Vom Schreiben des Interkantonalen Organs für das öffentliche Beschaffungswesen INÖB vom 13. Dezember 2021 an den Kanton Solothurn betreffend «Beitrittsverfahren des Kantons Solothurn zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB 2019): Zusätzliche Zuschlagskriterien» wird Kenntnis genommen.

Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben des Interkantonalen Organs für das öffentliche Beschaffungswesen INÖB an die Vorsteherin des Bau- und Justizdepartements vom 13. Dezember 2021

Verteiler

Staatskanzlei, Legistik und Justiz (4)

Staatskanzlei (eng, rol, ett, jol) (4)

Bau- und Justizdepartement

Departement für Bildung und Kultur

Finanzdepartement

Departement des Innern

Volkswirtschaftsdepartement

Gerichtsverwaltung (z.Hd. Gerichtsverwaltungskommission)